

Bamako unter Belagerung

Mali: Seit der gemeinsamen Offensive von Dschihadisten und Tuareg-Separatisten Ende April ist die Situation zum Zerreißen gespannt

Von Bernard Schmid

Wird die Blockade die Regierung von Mali in die Enge treiben oder gar in die Knie zwingen? Seit dem 28. April – drei Tage nach Beginn ihrer militärischen Großoffensive, an der laut Behördenangaben 12.000 Bewaffnete teilnahmen – haben die Aufständischen einen Belagerungsring rund um die Hauptstadt Bamako gezogen. Die stärkste Kraft unter den Angreifern ist die sich zu Al-Qaida zählende »Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime«, arabisch JNIM abgekürzt. Auf diese Weise versucht sie, der Hauptstadt ökonomisch die Luft abzuschneiden.

Derzeit verbreiten Anhänger der Interimsregierung, die aus zwei Putschen 2020 und 2021 hervorgegangen ist, in sozialen Netzwerken Nachrichten und Videos, die den Eindruck erwecken sollen, in Bamako herrsche weitgehende Normalität. Die Lage sei viel entspannter, als es internationale und vor allem französische Medien darzustellen versuchten. Zugleich wurden im weiteren Umland von der Hauptstadt auf den Ausfallstraßen in Richtung Mauretanien, Senegal, Guinea und Côte d'Ivoire Lastkraftwagen angegriffen – über die Häfen dieser Nachbarländer läuft der Import und Export von Waren für sowie aus Mali. JNIM sprach nach einigen Tagen von 100 zerstörten Lkw und publizierte Videos von brennenden Fahrzeugen. In den Städten Kita und Kayes im Westen des Landes warteten Fahrgäste tagelang auf Überlandbusse.

Spekulationen über Verrat

Eine Frage polarisiert die Malier: Kam der Schlag vom 25. April auch von innen? Hatten die Aufständischen Komplizen im Regierungs- und Sicherheitsapparat? Gemeint sind vor allem die Verantwortlichkeiten beim Tod von Verteidigungsminister Sadio Camara. Er wurde am ersten Tag der Offensive zusammen mit Familienmitgliedern in seiner Residenz in der Garnisonsstadt Kati getötet. Camara war die einflussreiche »Nummer zwei« der Interimsregierung hinter Staatspräsident Assimi Goïta. Sein Einsatz etwa für die Hinterbliebenen getöteter Soldaten hatte ihn populär gemacht. Zugleich galt er als Verbindungsmann zur Russischen Föderation. Der 46jährige hatte 2010 und 2014 Militäarakademien in Russland und China absolviert.

Viele in der Bevölkerung wie die 59jährige Witwe eines Polizisten, Fatoumata, halten Camara für das Opfer interner Intrigen. Gegenüber *jW* fragte sie am Telefon: Die Dschihadisten hätten Bamako und das benachbarte Kati attackiert – aber wie hätten sie es ohne interne Komplizen schaffen können, bis zur Residenz Camaras vorzudringen? Die Gerüchteküche in Bamako brodeln von

solchen Aussagen. Regierungskreise und -anhänger bezeichnen die Attacke auf Camara ebenfalls als spektakulär, sehen jedoch ihrerseits den langen Arm der früheren Kolonialmacht am Werk: Frankreich stehe hinter der bewaffneten Rebellion.

Tatsache scheint zu sein, dass Frankreich Verbindungen hält – kaum zu JNIM, wohl aber zu den jetzt mit den Dschihadisten verbündeten Tuareg-Separatisten der selbsternannten »Befreiungsbewegung von Azawad« (FLA), wobei mit »Azawad« der Norden des Landes gemeint ist. FLA-Sprecher Mohammed Elmaouloud Ramadane sagte schon im Oktober vergangenen Jahres im französischen Sender *Tele 5*: »Wir haben gute Verbindungen zu den Ukrainern, Frankreich und den USA.« Ende vergangener Woche stützte der französische Journalist und Nahostspezialist Georges Malbrunot auf *RTL* anhand eigener Recherchen die Aussage, dass in Mali ukrainische Einheiten aktiv seien und den Tuareg helfen würden. Es handele sich um mehrere Dutzend Ukrainer, die einmal in der französischen Fremdenlegion gedient hätten. Malbrunot interpretierte dies als eine Möglichkeit für Paris, auf die Geschehnisse in Mali einzuwirken und sich dabei hinter der Ukraine und den Tuareg als »Windschutz« zu verstecken.

Botschaft an Russland

Frankreich gehe es selbstverständlich darum, seinen verlorenen Einfluss wiederherzustellen, musste es doch seine Truppen aus den Staaten der »Sahelallianz«, zu der sich Mali, Niger und Burkina Faso 2023 zusammengeschlossen haben, abziehen. Die Ukraine zielt ihrerseits natürlich auf eine Schwächung Russlands, das in Mali durch das »Afrikakorps« vertreten ist, den Nachfolger der früheren »Wagner-Söldnertruppe«. Aus den im Norden Malis gelegenen Städten Kidal und Tessalit ist diese Truppe seit dem 25. April abgezogen. Aus unterschiedlichen Gründen, möglicherweise auch wegen Divergenzen zwischen Bamako und Moskau oder Rücksichtnahme auf Algier, verzichtete das »Afrikakorps« zunächst auf eine aktive Verteidigung gegen die Rebellenoffensive. Seitdem hat sich das Blatt gewendet, Moskau schwört auf einen Verbleib in Mali und Bündnistreue, das »Afrikakorps« publiziert auf X Bilder von Kämpfen in Mali.

JNIM richtete ein Angebot an Russland: Blicke Moskau neutral und verzichtete darauf, die Interimsregierung militärisch an der Macht zu halten, schlage man in Zukunft eine auskömmliche Beziehung vor. Das ist neu in der Strategie einer dschihadistischen Organisation. Gegenüber der Gesellschaft in Mali fällt die Botschaft wiederum zwiespältig aus. In ersten Videos nach dem 25. April richtete sich der Sprecher von JNIM in perfektem Bambara, also der Landessprache, an die Bevölkerung. Bis dahin hatten sich die Dschihadisten meist auf arabisch ausgedrückt – ein Teil der Gruppierung besteht aus Algeriern, die nach der Niederlage der bewaffneten Islamisten gegen den dortigen Staat gen Süden in den Sahel ausgewichen sind. Gleichzeitig enthielten die ersten Videos Drohungen: Einwohner von Bamako hätten am 25. April Kämpfer in der Hauptstadt entdeckt und sie an die Behörden verraten oder attackiert. Auch daher werde nun bis zu ihrer Unterwerfung die Blockade eingerichtet.

Hintergrund: Malis Opposition unter Generalverdacht

Kritik gilt in Kriegszeiten gern als Verrat, politische Rivalität auch. Getreu dieser Maxime handeln auch die Behörden der seit 2020 von Militärs geführten Interimsregierung im westafrikanischen Mali, die durch die am 25. April gestartete Offensive von Dschihadisten sowie Tuareg-Separatisten schwer erschüttert wurde. In den darauffolgenden Tagen und als vermeintliche Antwort auf die schwere Niederlage führte die Militärregierung eine Welle von Verhaftungen, aber auch außergesetzlichen Festnahmen von mehr oder minder bekannten Opponenten und als »Verräter« betrachteten Personen durch.

In der Nacht vom 2. zum 3. Mai wurde in Bamako der prominente Anwalt Mountaga Tall von maskierten Männern aus seinem Haus entführt. Seitdem wird er an einem unbekanntem Ort festgehalten. Allgemein wird dieses »Verschwinden« mit den Staatsorganen in Verbindung gebracht. Tall war unter anderem Mitglied im Regionalbüro von Amnesty International. Von 2014 bis 2016 war er Hochschulminister, stand dann aber schnell in Opposition zum damaligen Staatspräsidenten Ibrahim Boubacar Keïta, den die Militärs 2020 aus dem Amt warfen. Verhaftet worden sind am 1. Mai auch vier Militärangehörige, denen – neben einem fünften, der bei den Kämpfen eine Woche zuvor ums Leben gekommen war – Komplizenschaft mit den Aufständischen vorgeworfen wird.

Nicht greifbar für die Behörden ist derzeit Oumar Mariko. Er war 1991 an der Studentenbewegung zum Sturz des seinerzeitigen Langzeitpräsidenten Moussa Traoré beteiligt und gründete später die marxistisch-leninistisch inspirierte Partei »Afrikanische Solidarität für Demokratie und Entwicklung«. In jüngerer Zeit lebt er aus Sicherheitsgründen im französischen Exil, wo er vor zwei Jahren mit französischen Linken unterschiedlicher Couleur in einem Lokal der Kommunistischen Partei Frankreichs in Montreuil zusammentraf. Derzeit richtet sich eine heftige Medienkampagne gegen ihn, Unterstützer der Regierung in Bamako fordern in Onlineforen und Videos einen Prozess gegen den »Verräter«, sobald er greifbar sei.

Mariko tritt gegen die Dschihadisten und ihre Ziele ein, fordert aber in jüngerer Zeit, eine Verhandlungslösung zu suchen, statt die militärische Konfrontation auszuweiten. Im April wurde bekannt, dass er heimlich in einen unter Kontrolle von JNIM stehenden Landesteil einreiste und dort mit 17 ihrer Geiseln zusammentraf, um deren Freilassung zu erreichen. Mariko erklärte dazu in französischen Medien, er sei Politiker und rede mit allen, halte Kontakte unter Militärs, unter Dschihadisten, unter Tuareg-Szessionisten und anderen, ohne deren Komplize zu sein. (bs)

<https://www.jungewelt.de/artikel/522471.sahel-bamako-unter-belagerung.html>